

kanern und Deutschen auch über die Kontinente hinweg, zumal in Deutschland die Zahl der Juden gegenwärtig nicht groß ist. In diesem Sinn wollen wir als Juden und Christen in guter Nachbarschaft leben und dem Wort der Schrift immer besser entsprechen, das uns sagt: „Siehe, wie fein und lieblich ist's wenn Brüder (und Schwestern) einträchtig beieinander wohnen“ (Ps 133,1).

Wortlaut in: epd – Dokumentation 46a/89, 2.

CJ.10'

DER ZENTRALRAT
DER JUDEN IN DEUTSCHLAND UND
DER RAT DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND

**Presseerklärung
vom 31. Oktober 1995**

Zwischen Vertretern der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Zentralrat der Juden in Deutschland finden Treffen in unregelmäßigen Abständen statt. Konkrete Ereignisse beherrschten die Zusammenkunft am 26. Oktober 1995, so vor allem die Erinnerung an das Stuttgarter Schuldbekenntnis (→ Bd. I, E.III.1), dessen Veröffentlichung sich zum 50. Mal jährte, die Zuwanderung von Juden aus den Staaten der GUS nach Deutschland, die zu einer grundlegenden Veränderung der Lage der jüdischen Gemeinden in Deutschland führte, und judenmissionarische Aktivitäten, die besonders im südwestdeutschen Raum festzustellen waren und zu Problemen führten. Nachfolgetreffen gab es am 8.9.1998 und am 8.9.2000.

Am 26. Oktober 1995 wurden die Begegnungen zwischen dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und dem Zentralrat der Juden in Deutschland (Zentralrat) mit einem Treffen im Gebäude der Jüdischen Gemeinde Frankfurt/Main wieder aufgenommen. Die Delegation des Rates wurde vom Ratsvorsitzenden, Landesbischof Dr. Engelhardt, geleitet; auf der jüdischen Seite führte Professor Dr. Gerrard Breitbart, Mitglied des Verwaltungsrates, stellvertretend für Herrn Ignatz Bubis den Vorsitz. Am Gespräch nahm auch der Sprecher der Rabbinerkonferenz in Deutschland, Landesrabbiner Joel Berger, sowie der Vorsitzende der Studienkommission Kirche und Judentum der EKD, Professor Dr. Roloff, teil.

Aus Anlaß des 50. Jahrestages der „Stuttgarter Schulderklärung“ stellten die Vertreter des Zentralrates und der EKD übereinstimmend fest, daß diese trotz der fehlenden Erwähnung des Holocausts im Rückblick als ein zukunftsweisendes Zeichen zu sehen ist.

Ein Schwerpunkt des Gespräches waren die missionarischen Aktivitäten des „Evangeliumsdienstes für Israel“ im südwestdeutschen Raum, die Landesrabbiner Joel Berger auf das schärfste verurteilte. Die Vertreter der EKD und des Zentralrates waren sich darin einig, daß eine Ausnutzung der wirtschaftlichen

Notlage jüdischer Zuwanderer aus den Staaten der GUS zur christlichen Missionierung zu verurteilen ist. Die evangelischen Vertreter betonten, daß sie derartigen Aktivitäten stets widersprochen haben und diese ablehnen. Leider sei diese Haltung bisher nicht von allen Pfarrerinnen und Pfarrern und auch Laien übernommen worden. Übereinstimmung zwischen EKD und Zentralrat bestand darin, daß, wenn jüdische Familien in Kontakt mit evangelischen Pfarrerinnen und Pfarrern kämen, diese an die nächste jüdische Gemeinde verwiesen werden sollten.

Die EKD wird sich weiterhin bemühen, die erreichte theologische Klärung ihren Gemeinden und der Öffentlichkeit zu vermitteln. Die heutigen Schulbücher für den evangelischen Religionsunterricht und die Hilfen zum „Predigen in Israels Gegenwart“ werden ebenso wie das neue Evangelische Gesangbuch und die Reform der Predigtperikopen sowie die Erneuerte Agende, vom Zentralrat und der EKD als deutliche, positive Zeichen gesehen.

Es wurde übereinstimmend festgestellt, daß die zunehmende Säkularisierung unserer Gesellschaft die christliche ebenso wie die jüdische Religionsgemeinschaft vor drängende Fragen stellt.

Einig waren sich die Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Zentralrates der Juden in Deutschland ebenfalls darin, daß die Errichtung eines Holocaustmuseums in Deutschland nicht sinnvoll ist. Statt dessen sollten die vorhandenen Gedenkstätten und Jugendbegegnungsstätten an den Originalplätzen ausgebaut werden.

Als Ansprechpartner für laufende Kontakte zwischen EKD und dem Zentralrat der Juden in Deutschland wurden benannt: Prof. Dr. Breitbart auf jüdischer Seite und Oberkirchenrat Ernst Lippold auf seiten der EKD. Weitere Begegnungen zwischen dem Zentralrat und dem Rat der EKD sollten in regelmäßigen und nicht zu weiten Zeitabständen stattfinden.

Diese Mitteilung wird gleichzeitig durch den Zentralrat in Bonn und die EKD in Hannover veröffentlicht.

Wortlaut in: Denkendorfer Kreis für jüdisch-christliche Begegnung, Rundbrief, Januar 1996, 54–55.

CJ.11'

ARBEITSGEMEINSCHAFT JUDEN UND CHRISTEN BEIM DEUTSCHEN EVANGELISCHEN KIRCHENTAG

Resolution „Ja zur Partnerschaft und zum innerbiblischen Dialog – Nein zur Judenmission!“ vom 17. Juni 1999

Text (mit redaktioneller Einführung) → E.III.69'.